

Vertreter:

Herr Paul-Dieter Michalski	SPD	Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Antonio Berardis
Herr Tim Peter	CDU	Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Heinrich Hagemeyer ab 18:45 Uhr
Herr Detlef Weßling	SPD	Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Dietmar Ostermann

Gäste:

Herr Silge	Planungsbüro Leistungs- phase, Architekt
Herr Horstmeyer	Büro PBR, Controller

Verwaltung:

Herr Dr. Ernst Kratzsch	Erster Beigeordneter anwesend ab 17:20 Uhr
Herr Dr. Heinz Janning	Beigeordneter
Frau Claudia Kurzinsky	Produktverantwortliche Neu, Um- und Erweite- rungsbau
Herr Werner Schröer	Fachbereichsleiter FB 5
Herr Jürgen Grimberg	Produktverantwortlicher Zentrale Gebäudewirt- schaft
Herr Jürgen Remke	Produktmitarbeiter Neu, Um- und Erweiterungs- bau
Frau Nicole Hildebrandt	Produktverantwortliche Vermessung
Firma Anke Fischer	Schriftführerin

Enschuldig fehlten:**Mitglieder:**

Herr Antonio Berardis	SPD	Ratsmitglied
Herr Dietmar Ostermann	SPD	Ratsmitglied

beratende Mitglieder:

Herr Osman Ipek	Sachkundiger Einwohner
Herr Hartmut Klein	Sachverständiger Bürger
Herr Dr. Lothar Kurz	Sachverständiger Bürger

Herr Brauer eröffnet die heutige Sitzung des Bau- und Betriebsausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Herr Brauer bekannt, dass durch die Abwesenheit von Herrn Dr. Kratzsch die Tagesordnungspunkte 3 und 4 verschoben werden. Im Anschluss an TOP 2 wird dann TOP 5 treten. Der TOP 5 wird ohne Vorlage vorgetragen, da ein externer Berichterstatter eingeladen worden sei. TOP 11, Vorl.-Nr. 167/06, wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

Öffentlicher Teil:**1.1. Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung am 16. März 2006**

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

1.2. Niederschrift Nr. 16 über die öffentliche Sitzung am 27. April 2006

Herr Hagemeier bittet um Korrektur seiner Aussage unter TOP 5, Vorl.-Nr. 154/06.

„Herr Hagemeier fordert die Verwaltung im Interesse der Anlieger auf, die Bau- maßnahme exakter zu beschreiben. Die Kosten sollen genauer **den einzelnen Teileinrichtungen wie Fahrbahn, Gehweg, Regenwasserführung und Beleuchtung zugeordnet werden** und nicht in einer Gesamtsumme. Dadurch seien die Anlieger in der Lage, sich ein besseres Bild über die Einzelkosten zu machen. Weiterhin bittet er um Erläuterung, warum die Kosten zwischen Offenlage und Beschlussvorschlag so enorm gestiegen seien.“

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 27. April 2006 gefassten Beschlüsse

Herr Dr. Janning berichtet, dass die Beschlüsse des Bau- und Betriebsausschusses ausgeführt worden seien.

3. Informationen

a) Erweiterungsbau der Technischen Betriebe

Herr Dr. Kratzsch führt aus, dass die Technischen Betriebe sowohl über männliches wie auch über weibliches Personal in den Kolonnen verfügen. Die örtlichen Gegebenheiten reichen für das zurzeit vorhandene Personal bei weitem nicht mehr aus. Die Umkleidemöglichkeiten für das weibliche Personal seien unzumutbar.

Weiterhin weist er darauf hin, dass das Bauvorhaben bereits seit 2 Jahren im Haushaltsplan veranschlagt sei und die entsprechenden Haushaltsreste für den Anbau übertragen worden sind.

Zum Schluss betont Herr Dr. Kratzsch dass ohne den Erweiterungsbau kein dauerhafter, reibungsloser Betrieb sichergestellt werden könne.

Herr Löcken merkt an, dass das Bauvorhaben bereits im Ausschuss beschlossen wurde. Bei dem Bauvorhaben handelt es sich um eine notwendige Bereinigung von Missständen.

Frau Kösters weist ausdrücklich auf die Missstände im Bereich der Duschräumlichkeiten für die Mitarbeiterinnen hin. Die 5 Damen müssen sich auf ca. 6 m² umziehen und duschen. Dieser Missstand müsse behoben werden. Weiterhin gibt es Mitarbeiter, die sich zu dritt ein kleines Büro von nicht mehr als 10 m² teilen.

Die Technischen Betriebe beschäftigen zurzeit 107 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Räumen des Bauhofes. Diese Räumlichkeiten sind für so viele Mitarbeiter nicht mehr ausreichend.

Frau Kösters in ihrer Funktion als Gleichstellungsbeauftragte ersuchte die Ausschussmitglieder, an der Entscheidung für den Erweiterungsbau der Technischen Betriebe festzuhalten.

Herr Kohnen erwidert, dass all die genannten Argumente richtig seien. Aufgrund der angespannten Haushaltslage müssen allen Vergaben erneut im HFA beraten werden. Da sei der Ausbau der Technischen Betriebe keine Ausnahme.

Herr Netter, in seiner Funktion als stellvertretender Personalratsvorsitzender, äußert erhebliche Bedenken für den Fall, dass der gefasste Beschluss zum Anbau für die Technischen Betriebe nicht umgesetzt werden solle. Die zurzeit vorherrschenden Arbeitsbedingungen sind aus seiner Sicht für die Mitarbeiter am Bauhof nicht mehr tragbar.

Herr Löcken weist darauf hin, dass die Ausschussmitglieder zu ihrer Verantwortung stehen sollten und eine positive Empfehlung an den HFA geben müssten.

Herr Dr. Kratzsch legt den Mitgliedern des Bau- und Betriebsausschusses die geringfügig geänderten Entwürfe des Anbaus vor.

Herr Hagemeyer fragt nach, wie sich der Wegfall der abgerundeten Ecken auf die Kostenentwicklung auswirke.

Herr Dr. Kratzsch gibt an, dass die Änderungen minimal seien. Zurzeit befände man sich noch in der Kostenschätzung, genaue Aussagen könne er erst nach der Ausschreibung machen.

Herr Kohnen fragt nach, ob die angedeutete Glasfassade erheblich teurer sei wie eine herkömmliche Befensterung.

Frau Kurzinsky gibt an, dass die vorgesehene Glasfassade pro m² teurer sei als eine 4-Fenster-Fassade. Sie verweist dabei auf die Vorteile einer Glasfassade.

Herr Kohnen bittet um eine genaue Darstellung, wie hoch die Kosten für die Glasfassade und für eine 4-Fenster-Fassade seien.

Herr Havers bittet um Auskunft, ob und welche Kosten bereits für das Projekt entstanden seien.

Herr Dr. Kratzsch erwidert, dass ein externer Architekt mit den Entwürfen beauftragt worden sei. Sollte der Vertrag mit dem Architekten nicht erfüllt werden können, sei eine Entschädigung zu zahlen.

b) Erweiterung der Telekommunikationsstellen in Rheine durch die Deutsche Telekom AG

Herr Dr. Kratzsch informiert, dass die Deutsche Telekom eine Erweiterung ihrer Telekommunikationsstellen im Bereich Rheine vorsehe. Die zukünftigen Standorte seien mit der Verkehrsplanung im Vorfeld abgestimmt worden. Eine genaue Übersicht der Standorte gebe eine Fotodokumentation, die in der **Anlage 2** beigefügt werde.

c) Umsetzung der Rufsäule auf dem Thie

Herr Dr. Kratzsch informiert, dass der Standort der Rufsäule auf dem Thie auf Grund von Abriss und Neubauarbeiten verlegt werden soll. Eine genaue Beschreibung ist in der **Anlage 3** beigefügt.

d) Gewerbegebieterschließung im Bereich Holsterfeld in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Salzbergen

Herr Dr. Kratzsch führt aus, dass die Stadt Rheine seit einiger Zeit mit der Gemeinde Salzbergen über die Erschließung eines neuen, 69 Hektar großen Gewerbegebietes diskutiere. Zurzeit wird über eine Kostenschlüsselung für die Erschließungskosten nachgedacht, wobei zu berücksichtigen sei, dass zwei Drittel der Fläche zum Stadtgebiet von Rheine zählen und nur ein Drittel zur Gemeinde Salzbergen.

Bei der Planung gehe es nur um die Erschließung der Fläche für die Zukunft, da die Erschließung für den Teil für Rheine nur über das Gemeindegebiet von Salzbergen möglich sei.

Eine gewerbliche Nutzung der Fläche solle mittelfristig noch nicht erfolgen. Es gehe lediglich um die Wahrung einer Option für die Zukunft der Rheiner Wirtschaft.

Herr Kohnen fragt nach, inwieweit die Stadt Rheine Eigentümerin der Flächen sei.

Herr Dr. Kratzsch antwortet, dass sich die Flächen auf dem Stadtgebiet befänden, der Grund und Boden aber noch nicht der Stadt Rheine gehöre.

Herr Dr. Janning führt aus, dass es sich bei der besagten Fläche um ein GVZ-Ergänzungsgebiet handele. Die Gesamtfläche sei zurzeit noch als Agrarfläche ausgewiesen und müsse erst durch eine entsprechende Änderung des Regionalplanes umgewandelt werden. Würde dies bei der nächsten Überarbeitung des Regionalplanes der Fall sein, müsse der Grunderwerb umgehend betrieben werden, da dann eine mittelfristige Nutzung des Gebietes als Gewerbegebiet möglich werde.

e) Erschließung des Baugebietes „Hauenhorst-West“ (Eurode)

Herr Dr. Janning weist darauf hin, dass für die innere Erschließung des Baugebietes „Hauenhorst-West“ im Haushaltsplanentwurf für 2006 mit 250.000,00 € vorgesehen seien. Nun habe aber der HFA am 9. Mai 2006 auf Antrag der CDU-Fraktion beschlossen, diesen Betrag nicht in den Haushalt 2006 aufzunehmen, sondern nur eine Verpflichtungsermächtigung zu erteilen.

Dieser Beschluss sei mit dem Hinweis begründet worden, dass man für das Baugebiet „Hauenhorst-West“ schon viel Geld aufgewandt habe. Wenn bereits jetzt die Erschließung dieses Baugebietes mit 250.000,00 € finanziert werde, andererseits aber nur ganz geringe Einnahmen aus dem Verkauf von Baugrundstücken aus diesem Gebiet erzielt würden, sei dies ein Missverhältnis. Daher möchte man die Verpflichtungsermächtigung für 2006 dann greifen lassen, wenn durch den Verkauf von Baugrundstücken aus diesem Baugebiet auch ein entsprechender Ertrag vorliege.

Hierzu müsse Herr Dr. Janning mitteilen, dass der Auftrag für die innere Erschließung des Baugebietes schon längst erteilt worden sei. Mit den Bauarbeiten werde bereits in der kommenden Woche begonnen. Auf diesen Sachverhalt habe er in der HFA-Sitzung nicht hinweisen können, weil er an dem Tag an einer Fachausschusssitzung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes teilgenommen habe. Er wolle aber heute im Bau- und Betriebsausschuss den Sachverhalt klarstellen, damit keine Irritationen entstünden, wenn in der kommenden Woche trotz des HFA-Beschlusses die Baumaschinen in dem Baugebiet anrücken würden.

Die noch unbebauten Baugrundstücke und die öffentlichen Erschließungs- und Grünflächen habe die Stadt durch notariellen Vertrag vom 28. Dezember 2005 von der Firma Eurode erworben. Um Sicherheit bei den Kosten für die Erschließung des Baugebietes zu bekommen, habe zuvor der Vertrag mit der Tiefbaufirma über die Fortführung der Erschließungsarbeiten abgeschlossen werden müssen. Hierbei sei man in das schon bestehende Vertragsverhältnis der Fa. Eurode mit der Tiefbaufirma eingestiegen, die auch für die bislang schon durchgeführten Erschließungsarbeiten verantwortlich sei.

Ursprünglich seien von der Stadt nicht nur der Ausbau der Straße Am Hilgenfeld, sondern auch der Abschluss der inneren Erschließung erst für das Jahr 2008 vorgesehen gewesen.

Dann habe aber der Ausbau der inneren Erschließungsstraßen auf das Jahr 2006 vorgezogen werden müssen, weil die Tiefbaufirma nur dann den vereinbarten Preis habe garantieren wollen. Um den Vertrag mit der Firma Eurode noch im Jahr 2005 abschließen zu können, habe die Verwaltung schnell handeln und vorher den Bauvertrag über die Fortführung der Erschließungsarbeiten mit der Tiefbaufirma eingehen müssen. Dieser Entscheidung habe nachfolgende Kalkulation zu Grunde gelegen. Auf der einen Seite habe man für das Vorziehen der inneren Erschließung einen Vorfinanzierungsbetrag in Höhe von rd. 11.300,00 € ansetzen müssen. Auf der anderen Seite seien rd. 6.700,00 € für die eingesparte Mehrwertsteuer (Erhöhung der Mehrwertsteuer ab 1. Januar 2007 um 3 %) sowie eine Einsparung bei der Unterhaltung der Baustraßen in Höhe von rd. 5.000,00 € zu berücksichtigen gewesen. Dies ergebe bereits eine Differenz von rd. 400,00 € zugunsten der Erschließung schon im Jahre 2006. Hinzuzurechnen seien auch noch die Mehrforderungen der Tiefbaufirma bei der Durchführung der inneren Erschließung erst im Jahre 2008.

Schließlich habe bei der Entscheidung auch noch die Überlegung eine wichtige Rolle gespielt, dass die Baugrundstücke besser zu vermarkten seien, wenn die innere Erschließung bereits im Jahre 2006 abgeschlossen werde. Dies führe auch zur schnelleren Refinanzierung des Kaufpreises für die Baugrundstücke.

Über die Notwendigkeit der Resterschließungsarbeiten sei der Rat seinerzeit beim Beschluss zur Übernahme der noch unbebauten Wohnbaugrundstücke und der öffentlichen Flächen durch die Stadt informiert gewesen.

Herr Schröder ergänzt, dass die formellen Voraussetzungen zur Auftragsvergabe vorgelegen hätten und verweist dabei auf die Vorlage Nr. 434/05/E 1, in der der Rat am 27. September 2005 für die restlichen Erschließungsarbeiten einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 521.000,00 € zugestimmt habe.

f) Eröffnung des Radweges an der K 70

Herr Dr. Kratzsch informiert, dass am 23. Mai 2006 um 17:30 Uhr die feierliche Eröffnung des Radweges an der K 70 Richtung Saerbeck gemeinsam mit dem Landrat des Kreises Steinfurt geplant sei. Eine gesonderte Einladung werde noch folgen.

4. Eingaben

Es liegen keine Eingaben vor.

5. Ehemalige Räume der Volksbank im Rathauszentrum Stadtbibliothek (EG und 1. OG) **- Vorstellung der Entwurfsplanung mit Baubeschreibung** **Vorlage: 152/06**

Herr Silge vom Planungsbüro Leitungsphase erläuterte den Ausschussmitgliedern den ausgearbeiteten Planungsentwurf für den Umbau der Volksbank-Räumlichkeiten. Nach Abschluss aller Arbeiten soll in die Räumlichkeiten die Stadtbücherei einziehen. Sollte der Zeitplan eingehalten werden können, könnte der Umzug Ende September 2007 erfolgen. Eine Übersicht der Mehr- und Minderausgaben sowie eine Entwurfsansicht der Räume sind in der **Anlage 1** beigefügt.

Herr Kohnen erläutert, dass der HFA einen Eckdatenbeschluss bezüglich der Räumlichkeiten „Ehemalige Volksbank“ gefasst habe. Die Umbaumaßnahmen dürfen nicht mehr als 1,8 Mio. € in Anspruch nehmen.

Herr Silge weist darauf hin, dass alle Entscheidungen gemeinsam in der Arbeitsgruppe getroffen worden seien. Besonders im Hinblick auf die Heraufsetzung der Standards sei Einigkeit erzielt worden.

Herr Dr. Kratzsch führt aus, dass man sich zurzeit noch in der Kostenschätzung befinde. Bei den Standards z. B. für die Belüftungsanlage müssten auch die Folgekosten Beachtung finden. Erst nach der Ausschreibung der einzelnen Gewerke könne eine genaue Kostenanalyse erfolgen. Eine schnelle Ausschreibung sei von Vorteil, da ab 2007 die Mehrwertsteuererhöhung berücksichtigt werden müsse.

Herr Kohnen erwidert, dass seiner Fraktion bewusst sei, die Kostendeckelung sei keine leichte Aufgabe. Die angespannte Haushaltslage sei Auslöser für einen derartigen Beschluss gewesen. Die Arbeitsgruppe müsse diesen Beschluss beachten und ihn in den Planungen entsprechend anwenden.

Herr Reiske stimmt grundsätzlich der Kostendeckelung zu. Er gibt zu bedenken, dass bei der Festlegung der Standards auch immer die Folgekosten berücksichtigt werden müssten.

Herr Dr. Kratzsch regt an, alle gemachten Vorschläge in der Arbeitsgruppe zu prüfen. Dabei sei die Beachtung der Anschaffungskosten sowie der Folgekosten notwendig.

6. Informationen zur Gebäudeeinmessungspflicht von Grundstückseigentümern in Rheine
Vorlage: 162/06

Tonbandfundstelle: B/I/2620

Frau Hildebrandt führt in das Thema „Gesetzliche Gebäudeeinmessungspflicht“ anhand einer Powerpoint-Präsentation ein, die in der **Anlage 3** beigefügt wurde.

7. Ausbau des zentralen Omnibusbahnhofes (ZOB Rheine)
• Sachstandsbericht
Vorlage: 163/06

Tonbandfundstelle: A/II/0190

Herr Dr. Kratzsch informiert, dass die Stadt Rheine mit dem Ausbau des Omnibusbahnhofes in das Förderprogramm aufgenommen worden sei. Eine Zahlung von Fördermitteln werde nach einem internen Schlüssel des Kreises Steinfurt gewährt. Daher müsse die Entwicklung abgewartet und der Ausbau nach hinten verschoben werden.

Herr Kohnen stimmt den Ausführungen zu. In dieser Legislaturperiode sehe er keine Möglichkeit, den Ausbau in Angriff zu nehmen.

Herr Löcken weist darauf hin, dass, obwohl die finanziellen Mittel nicht zur Verfügung stünden, der Ausbau des Omnibusbahnhofes als Projekt weiterentwickelt werden müsse.

Herr Reiske begrüßt das Projekt ausdrücklich. Er sehe eine Chance, den Ausbau bereits 2008 in Angriff zu nehmen.

Auf die Frage, ob hohe Vorfinanzierungskosten entstehen würden, weist Herr Schröer darauf hin, dass die GVFG Maßnahmen sehr zeitnah fördern würde.

Herr Dr. Kratzsch fasst zusammen, dass das Projekt von allen Ausschussmitgliedern gewollt sei. Ein möglicher Beginn liege in dem Zeitraum 2008 – 2009.

Beschluss:

Der Bau- und Betriebsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zum Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB Rheine) zur Kenntnis.

8. Stadtpark
- Sachstandsbericht zur Umgestaltung
Vorlage: 164/06

Tonbandfundstelle: A/II/0890

Herr Dr. Kratzsch führt aus, dass die Entwicklung des Stadtparks in den letzten Jahren durch die Bearbeitung anderer Projekte vernachlässigt worden sei. Gemeinsam mit dem Stadtparkverein und den Gärtnern der Technischen Betriebe werde er bei einem Ortstermin einen Entwicklungsplan für das kommende Jahr aufstellen.

Dem Stadtparkverein stehen finanzielle Mittel zur Verfügung, die für die Instandsetzung des Stadtparks eingesetzt werden sollen.

Herr Kohnen begrüßt das Vorhaben, bittet gleichzeitig darum, die Umsetzung langsam und mit Fingerspitzengefühl vorzunehmen.

Herr Dr. Kratzsch weist noch mal darauf hin, dass es sich bei der ersten Planung nur um die normale Instandhaltung handele. Durch Beschneidung verschiedener Bäume und Sträucher könne ein positiver Effekt erzielt werden.

Frau Overesch möchte abschließend anmerken, dass sich viele Bürger und Bürgerinnen über einer Instandsetzung des Stadtparks freuen würden.

9. Planung und Realisierung des "Paseo" zwischen der alten Schotthockstraße und der Lingener Straße im östlichen Innenstadtgebiet
- Sachstandsbericht
Vorlage: 165/06

Tonbandfundstelle: A/II/1363

Herr Dr. Kratzsch informiert, dass die Realisierung des Paseos nur durch Investitionen seitens der Stadt Rheine erfolgen könne. Ein Förderzugang ist in der Kategorie B erfolgt, jedoch ohne Mittelfreigabe.

Aufgrund der angespannten Haushaltslage könne das Projekt nur langfristig betrieben werden.

Herr Löcken merkt an, dass das Projekt ohne Landesmittel nicht zu finanzieren sei. Das Projekt „Paseo“ solle dennoch weiterverfolgt werden.

Herr Kohnen schließt sich der Meinung der SPD an. Das Projekt müsse nach hinten geschoben werden, ohne dabei den Investor des Ems Einkauf Centers zu verärgern.

Beschluss:

Der Bau- und Betriebsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zum Paseo zur Kenntnis.

10. Radwegeausbau Bergstraße von Friedrich-Ebert-Ring bis Lange Riege
- **Sachstandsbericht**
Vorlage: 166/06

Tonbandfundstelle: A/II/1850

Herr Dr. Kratzsch führt aus, dass es umständehalber notwendig geworden sei, noch in diesem Jahr den Grunderwerb für die entsprechende Fläche des Radweges zu erwerben, sollte das Projekt zukünftig weiterbetrieben werden.

Die Ausschussmitglieder müssten ein positives Signal geben, ob das Projekt weiter vorangetrieben werden sollte.

Herr Kohlen sieht den Grunderwerb in diesem Jahr für notwendig an, das Projekt an sich sollte aber auf einen späteren Zeitpunkt verlegt werden.

Herr Löcken schließt sich den Ausführungen von Herrn Kohlen an.

Beschluss:

Der Bau- und Betriebsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zum Radweg Bergstraße zur Kenntnis.

11. Regenrückhaltebecken Friedhofstraße am Stadtpark
- **Sachstandsbericht**
Vorlage: 167/06

Die Vorl.-Nr. 167/06 wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

**12. Einziehung eines Teilstückes der Gröningstraße
Vorlage: 179/06**

Tonbandfundstelle: A/II/2160

Beschluss:

Das Teilstück der Gröningstraße, im anliegenden Lageplan näher dargestellt, Gemarkung Mesum, Flur 7, Flurstück 391, wird hiermit gemäß § 7 Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) eingezogen, weil überwiegende Gründe des öffentlichen Wohles für die Einziehung vorliegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13. Einziehung eines unbenannten Stichweges zur Flöddertstraße
- Einleitung des Verfahrens
Vorlage: 180/06**

Tonbandfundstelle: A/II/2230

Beschluss:

Die Stadt beabsichtigt, den unbenannten Stichweg zur Flöddertstraße, im beiliegenden Lageplan näher dargestellt, Gemarkung Elte, Flur 13, Flurstück 83, einzuziehen, weil eine Verkehrsbedeutung nicht mehr gegeben ist.

Das Einziehungsverfahren gemäß § 7 Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) wird eingeleitet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**14. Ausbau Neue Stiege von Dechant-Römer-Straße bis westliche
Parkplatzzufahrt des geplanten Waldfriedhofes
I. Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den Eingaben der
Anlieger
II. Festlegung der Herstellungsmerkmale
III. Satzung über die Herstellungsmerkmale
Vorlage: 156/06**

Tonbandfundstelle: A/II/2258

Frau Overesch legt noch mal die Sorgen der jungen Familien dar bezüglich des Weges für die Kinder zum Spielplatz. Es solle eine Hemmschwelle eingebaut werden, die Autofahrer am schnellen Fahren hindere.

Frau Overesch bittet um Prüfung, was an realistischen Geschwindigkeitsbeschränkungen in der Tempo-30-Zone eingebaut werden könne.

Herr Dr. Kratzsch schätzt die Gefahr für die Kinder in dem Bereich nicht ganz so groß ein. Bei einer Hemmschwelle müsse auch der Normalbetrieb Berücksichti-

gung finden. Ein Lkw müsse die Straße genauso wie ein normaler Pkw befahren können.

Herr Kohnen bittet die Verwaltung, die Gefahrenquelle im Kreuzungsbereich zu entschärfen.

Folgende Elemente sollen zusätzlich bei der Straßenplanung Berücksichtigung finden:

- eine Plateauanpflasterung im Eingangsbereich zur Dechant-Römer-Straße.
- Bodenhülsen im Vorfeld der Friedhofsfläche, damit im Bedarfsfall die Fahrbahn direkt vor dem Friedhof abgesperrt werden könnte.

Beschluss:

Zu I: Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den Eingaben der Anlieger

Beschlussvorschläge siehe Begründung

Zu II: Festlegung der Herstellungsmerkmale

Der Bau- und Betriebsausschuss beschließt nachfolgende Herstellungsmerkmale für den Ausbau der Straße Neue Stiege von Dechant-Römer-Straße bis westliche Parkplatzzufahrt des geplanten Waldfriedhofes:

A. Im Bereich der Wohnbebauung Haus Nr. 1 bis Haus Nr. 11 b

Es ist ein Ausbau im Trennungsprinzip (30 km/h) vorgesehen.

1. Herstellung einer 5,00 m breiten Fahrbahn in Asphalt mit Unterbau; Bauklasse IV der RStO
2. Anlegung eines 50 cm breiten Schrammbordes aus Betonsteinplatten in Beton versetzt an der Südseite
3. Pflasterung eines Pkw-Parkstreifens in anthrazitfarbenem Betonsteinpflaster in 2,00 m Breite mit Unterbau an der Nordseite
4. Anlegung von Grünbeeten mit Baumbepflanzung und Unterpflanzung zur Unterbrechung des Parkstreifens in einer Breite von 2,00 m an der Nordseite
5. Anlegung eines 1,50 m breiten Gehweges in Betonsteinplatten mit Unterbau an der Nordseite.
Einfassung des Gehweges mit Rundbord $r = 5 \text{ cm}$, in Zufahrten auf 2 cm abgesenkt
6. Herstellung von 30 cm breiten Entwässerungsrinnen beiderseits der Fahrbahn
Einbau von Straßenabläufen mit Anschluss an die Kanalisation
7. Aufstellung einer elektrischen Straßenbeleuchtung Seitenaufsatzleuchten 2 x 50 Watt mit einer Lichtpunkthöhe von 6,00 m

B. Im Bereich des Waldfriedhofes

Es ist ein Ausbau als Verkehrsberuhigter Bereich vorgesehen

1. Pflasterung eines niveaugleichen verkehrsberuhigten Bereiches innerhalb der Verkehrsparzelle bestehend aus einer 6,00 m breiten Mischfläche mit Unterbau, Bauklasse IV, RStO
Gliederung der Mischfläche durch farblichen Wechsel des Pflasters, graues Betonsteinpflaster in 4,20 m Breite und rotes Betonsteinpflaster in 1,50 m Breite
2. Herstellung einer 30 cm breiten Entwässerungsrinne
Einbau von Straßenabläufen mit Anschluss an die Kanalisation
3. Aufstellung einer elektrischen Straßenbeleuchtung Seitenaufsatzleuchten 2 x 11 Watt mit einer Lichtpunkthöhe von 4,00 m

Der Bau- und Betriebsausschuss der Stadt Rheine empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den folgenden Beschluss zu fassen:

Zu III: Satzung über die Herstellungsmerkmale

Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Bau- und Betriebsausschusses den Entwurf der Satzung über die Herstellungsmerkmale für den Ausbau der Straße Neue Stiege von Dechant-Römer-Straße bis westliche Parkplatzzufahrt des geplanten Waldfriedhofes.

S a t z u n g**über die Herstellungsmerkmale für den Ausbau der Straße Neue Stiege von Dechant-Römer-Straße bis westliche Parkplatzzufahrt des geplanten Waldfriedhofes vom _____...**

Gemäß § 7 Abs. 1 i. V. m. § 41 Abs. 1 f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Mai 2005 (GV. NRW. S. 498), hat der Rat der Stadt Rheine in seiner Sitzung am _____ folgende Satzung beschlossen:

Der oben genannte Straßenzug ist abweichend von § 9 Abs. 1 der Satzung der Stadt Rheine über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen vom 22. Dezember 1975 in der zurzeit geltenden Fassung endgültig hergestellt, wenn Grunderwerb und Freilegung abgeschlossen sind und folgende Teileinrichtungen vorhanden sind:

A. Im Bereich der Wohnbebauung Haus Nr. 1 bis Haus Nr. 11 b

1. Fahrbahn in Asphalt mit Unterbau

2. Parkstreifen mit Unterbau und einer Decke aus Betonsteinpflaster an der Nordseite der Straße
3. Gehweg an der Nordseite der Straße mit Unterbau und einer Deckenbefestigung aus Betonplatten
4. Grünbeete mit Baumbepflanzung und Unterpflanzung zur Gliederung des Parkstreifens
5. Schrammbord aus Betonsteinplatten in Beton versetzt auf der südlichen Seite der Straße
6. Straßenentwässerung mit Anschluss an die Kanalisation
7. Betriebsfertige elektrische Straßenbeleuchtung

B. Im Bereich des Waldfriedhofes

1. Mischfläche bestehend aus niveaugleicher Fahr- und Gehwegfläche mit Unterbau und einer Befestigung aus grauem bzw. rotem Betonsteinpflaster
2. Straßenentwässerung mit Anschluss an die Kanalisation
3. Betriebsfertige elektrische Straßenbeleuchtung

Abstimmungsergebnis: einstimmig

15. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

Es folgen keine Wortmeldungen.

16. Anfragen und Anregungen

- a) Herr Auth weist darauf hin, dass im Bereich der Ortsdurchfahrt Rodde ein Dichtungsring unter einem Kanaldeckel fehle.

b) Bahnübergang Pinienweg

Herr von Wanrooy weist auf den schlechten Zustand des Bahnüberganges am Pinienweg hin. Die RVM solle auf die fehlenden Sicherheitsmaßnahmen hingewiesen werden.

Herr Dr. Kratzsch erwidert, dass ihm der Zustand des Bahnübergangs bekannt sei. Die RVM habe signalisiert, dass dort keine Investitionen mehr getätigt werden würden. Bei einer ordentlichen Begehung würde der Bahnübergang geschlossen werden.

c) Schutz der Sitzplätze an der Emstribühne

Herr Kohnen weist darauf hin, dass die Sitzplätze an der Emstribühne nicht nur von den Bürgern und Bürgerinnen genutzt würden, sondern auch von den auf der Ems schwimmenden Enten. Zum Schutz vor Verschmutzungen sollte wie im letzten Jahr ein Netz aufgespannt werden.

Herr Dr. Kratzsch sagt zu, dass das Netz wieder aufgehängt werden solle.

d) Neugestaltung des Blumenbeetes vor dem Alten Rathaus durch Lorenbeck

Herr Löcken merkt an, dass die versprochene Neugestaltung des Blumenbeetes vor dem Alten Rathaus durch die Firma Lorenbeck noch nicht erfolgt sei. Er fragt nach, wie der Sachstand sei und wann mit einer Umgestaltung zu rechnen sei.

Herr Willems ergänzt, dass Lorenbeck signalisiert habe, die Anforderungen der Stadt Rheine seien so hoch, dass er diese nicht umsetzen und bezahlen könne.

Herr Dr. Kratzsch sagt zu, diesen Punkt zu gegebener Zeit bei Lorenbeck anzusprechen.

e) Überprüfung der öffentlichen Hallen in Rheine

Herr Oechtering fragt nach, ob das Prüfungsergebnis für die öffentlichen Sporthallen der Stadt Rheine schon vorliege. Der TÜV-Süd habe bereits seinen Bericht abgegeben.

Herr Dr. Kratzsch erwidert, ihm sei noch kein Prüfungsbericht vorgelegt worden.

Ende des öffentlichen Teils: 19:20 Uhr

gez.

Karl-Heinz Brauer
Ausschussvorsitzender

Anke Fischer
Schriftführerin